

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher: Maximilian Kretschmer  
Herausgeber: Hermann Kretschmer  
Redaktion: Maximilian Kretschmer  
Verlag: Kretschmer & Co., Dresden

Bezugspreis: Bei 10 Hefen monatlich 3.00 RM.  
Einzelheft 30 Pf. (Postzusatz 10 Pf.)  
Abonnement: 10 Hefen 30.00 RM.  
Abonnement: 10 Hefen 30.00 RM.

Verlag: Kretschmer & Co., Dresden  
Kretschmer & Co., Dresden  
Kretschmer & Co., Dresden

## Hitlers Antwort an den Reichspräsidenten

### Klärung von Vorfragen notwendig

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. November. Adolf Hitler hat den gesamten Montagvormittag bis nach 7 Uhr abends mit seinen Unterführern im Berliner Hotel Kaiserhof Beratungen über die Antwort geftlogen, die er dem Reichspräsidenten auf dessen Erlauchen antworten wollte. Die Antwort selbst war gegen 7 Uhr abends fertiggestellt und bekam ihre juristische und staatsrechtliche Ueberarbeitung durch den bekannten Rechtsanwalt Dr. Függen, der sich in Hitlers händiger Begleitung befindet. Kurz vor 8 Uhr verließ Reichspräsident Hindenburg mit dem Brief den Kaiserhof und begab sich zum Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, um ihm das Antwortschreiben zu übergeben.

Der Brief ist ziemlich umfangreich und an den Staatssekretär Dr. Meißner gerichtet

mit dem Hinweis, daß mit der näheren Klärung der noch offenstehenden Fragen nicht der Reichspräsident persönlich befaßt zu werden brauche. Nationalsozialistischerseits wurde daraufhin folgende Verlautbarung ausgedrückt:

Nach einmündigen Aussprachen mit führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens wurde heute abends 10 Uhr die Antwort Adolf Hitlers in Form eines Briefes an den Herrn Staatssekretär Dr. Meißner überreicht. Der Brief enthält eine Reihe von Fragen, die voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages geklärt werden.

Kurz darauf wurde von der Presseabteilung der Reichsregierung folgende amtliche Mitteilung verbreitet:

Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, hat an den Staatssekretär Dr. Meißner ein Schreiben gerichtet, in welchem einige Rückfragen gestellt werden, deren Beantwortung im Laufe des morgigen Tages erfolgen wird.

In politischen Kreisen hatte nun ein Mißverständnis eingetreten, wie das Antwortschreiben Hitlers politisch zu bewerten sei.

Anknüpfungspunkt und Ursache dieses Schreibens sind die Bedingungen, auf deren Grundlage der Reichspräsident am Montagvormittag Adolf Hitler den Auftrag zu einer sonderbaren Programmgestaltung und Kabinettsbildung auf der Basis einer parlamentarischen Mehrheit erteilt hat. Der Reichspräsident gab bekanntlich Hitler am Montagvormittag bei dessen letztem Besuch eine schriftliche Anweisung mit, in der die Wünsche und Absichten des Reichspräsidenten formuliert sind. Im wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Punkte:

1. Aufstellung eines geschlossenen Wirtschaftsprogramms.

2. Weiterführung der Reichsreform unter Aufrechterhaltung der Bestrebungen auf Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen.

3. Mehr- und Außenministerium in neutraler Hand. Der Reichspräsident legt Wert auf diese Bestimmungen, weil er oberster Kriegsherr ist und das Reich völkerrechtlich vertritt und alle außenpolitischen Verträge von ihm unterzeichnet werden müssen.

4. Kein Ausführungsgebot an Artikel 48 der Reichsverfassung, das die Präsidialbefugnisse beschränkt. Soweit nun etwas über Hitlers Antwort durchgesickert ist, ist daraus zu entnehmen,

daß der Führer der NSDAP. grundsätzlich den ihm vom Reichspräsidenten gewordenen Auftrag nicht ablehnt.

Er gibt in seinem Schreiben allerdings dem Wunsche Ausdruck, daß noch einige Fragen geklärt werden müßten. Einmal möchte er wissen, wie der Reichspräsident sich die Herstellung einer parlamentarischen Mehrheit unter den vorliegenden Verhältnissen denkt, zum andern richtet er an Hindenburg die Frage, ob auch eine Regierung Hitler darauf rechnen könne, daß der Reichspräsident für mit den Bestimmungen des Art. 48, also mit dem Notverordnungsrecht, zur Seite stehen wird.

Bei der Beantwortung der Frage, welche politischen Schlüsse aus dem Briefwechsel gezogen werden können, wäre nach der einen Seite hin zu bemerken,

daß die pessimistische Einstellung gegenüber diesem Ablauf der innerpolitischen Dinge nach wie vor als vorherrschend bezeichnet werden kann.

In den Kreisen, die dieser Auffassung sind, glaubt man die Lage dahin beurteilen zu müssen, daß es sich jetzt im wesentlichen zwischen Reichspräsidentenpalast und NSDAP. nur noch um die Klärung der Schuldfrage handelt, daß also die beteiligten Gruppen ihre Tatkraft jetzt darauf einrichten, jeweils dem andern Verhandlungspartner vor der Öffentlichkeit die Schuld am Scheitern der Bemühungen um eine nationale Konzentration zuzuschreiben. Dagegen ist man in den Kreisen, die trotz allem die Hoffnung auf eine Einigung nicht aufgegeben haben, der Auffassung, daß die Rückfragen Hitlers an den Reichspräsidenten im wesentlichen dazu bestimmt seien, dem Führer der NSDAP. Zeit zu verschaffen, zumal lebhafteste Bestrebungen im Gange seien, die jetzigen innerpolitischen Entscheidungen auf ein Gleis zu drängen, auf dem die Entwicklung weitergehen könne, ohne daß die NSDAP. in der unbedingten Opposition bleibe. Diese Bestrebungen sind auf verschiedene Momente zurückzuführen. Einmal ist darauf zu verweisen, daß Hitler mit zahlreichen in der Wirtschaft führenden Persönlichkeiten am Montag Besprechungen gehabt hat. Hervorgetreten sind dabei insbesondere der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht und der Generaldirektor der Dapag, Dr. Cuno.

Die Wirtschaft legt sehr großen Wert darauf, daß dieser neue Anlauf, eine gewisse Klärung der innerpolitischen Verhältnisse herbeizuführen, nicht abermals erfolglos verläuft.

Dabei spielt hauptsächlich der Gesichtspunkt eine Rolle, daß das Wirtschaftswesen nur dann eine Erholung erfahren könnte, wenn einer der wesentlichen Beunruhigungsfaktoren, nämlich die nationalsozialistische Opposition gegen die Reichsregierung, ausgeschaltet würde.

Im gleichen Sinne laufen die sehr ernsthaften und mit großem Nachdruck betriebenen Bemühungen, die Paragarburger Front ungeachtet des vergangenen Naders wieder zusammenzuführen. In dieser Richtung sind zahlreiche Schritte beim Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Cuno, erfolgt, der sich diesen Bestrebungen nicht verschließt, zumal er auf dem Standpunkt steht, daß bei der Verhandlung eines besonderen, auf wirtschaftlichem Gebiet gemäßigten Programms einem Zusammengehen mit den Nationalsozialisten nichts im Wege stünde. Aus deutschnationalen Kreisen wird neuerdings darauf verwiesen, daß Geheimrat Dugener sich noch wie vor an dem Gedanken von Paragarburg, also der Frontbildung zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Stahlhelm und anderen nationalen bürgerlichen Gruppen, bekenne. Was die Deutsche Volkspartei angeht, so hört man, daß sie bereit sei, an einer Minderheits- oder Minderheitsregierung Hitlers mitzuwirken, falls man sich auf ein Regierungsprogramm einigen könne. Das Zentrum, das die Forderung nach Aufrichterhaltung des Dualismus zwischen Preußen und dem Reich gestellt hat, scheint in den letzten Stunden doch sehr nach dem Erfolg geworden zu sein.

Gerade die neuen und sehr ernsthaften Bemühungen um die Paragarburger Front

haben die Herren um Cuno lebhaft beunruhigt, und so heißt es, daß sie schon jetzt bereit seien, ihre Forderung auf Wiederherstellung der alten Verhältnisse in Preußen fallen zu lassen, um nur an der neuen Kombination beteiligt zu sein. In Zentrumskreisen ist man sich dessen bewußt, daß die Paragarburger Front, käme sie wieder zustande, den Zentrumseinfluß auf die Dauer völlig auszuscheiden in der Lage sein würde. Es herrscht in politischen Kreisen kein Zweifel, daß nach Wiederherstellung der Paragarburger Front Hindenburg ohne große Vorbehalte bereit sein würde, die Verantwortung für eine Reichsregierung in die Hände Adolf Hitlers zu legen. Es ist richtig, daß dieser erlauchte Montag nicht unter allen Umständen die pessimistische Auffassung, die um die Mittags- und Nachmittagszeit vorherrschend waren, es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entwicklung einen Verlauf nimmt, der alle wahrhaft nationalen Kreise und Gruppen zutriebenen könnte.

## Parlaments- und Wahlreform

Die meisten deutschen Länderparlamente und der Reichstag sind seit Jahren nahezu arbeitsunfähig. Sie sind vor allem nicht imstande, ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe nachzukommen, aus eigener Kraft vom Vertrauen der Mehrheit getragene Regierungen zu schaffen und die gesetzgeberischen Arbeiten zu erledigen. Der Reichspräsident räumt gegenwärtig den Parteien des Reichstages eine letzte Chance ein, eine tragfähige Mehrheit für eine neu auszubildende Reichsregierung zu schaffen. Ob der Versuch gelingen wird, können selbst beim Zustandekommen des neuen Kabinetts erst die nächsten Monate der praktischen Zusammenarbeit mit dem Reichstag lehren. Bis jetzt haben die Parteien bewiesen, daß sie die Parlamentarismaschine nur in solchen Zeiten einigermaßen aufrechterhalten konnten, in denen Reich und Länder über genügend Mittel verfügten, um den zahlreichen Reklamationsanträgen einigermaßen gerecht zu werden. Bezeichnenderweise begann die Krise des Parlamentes mit der wirtschaftlichen Krise. Es zeigte sich, daß die Parlamenten stets dazu neigten, dem Volke zwar das zu geben, was es gerne wollte, nicht aber das, was es benötigte. Die meisten Parteien trieben stets lieber Reklamationspolitik an Stelle der Staatspolitik. In ihren Entschlüssen wurden sie weniger von dem Wohle der Allgemeinheit geleitet, als von den kurzfristigen Tagesbedürfnissen bestimmter Wählerkreise, deren Stimmen es für die nächsten Wahlen zu fangen oder zu erhalten galt. An Stelle des Gemeinwohls trat das Wohl von Interessengruppen, die es verstanden, auf Parteien einzuwirken, oder sich gar des Parteiapparates zu bemächtigen. So wurde das Parlament aus einer Stätte sachlicher Arbeit zum Tummelplatz wüthender Parteileidenschaften. Die Tätigkeit der Fraktionen wurde vielfach nur die Fortsetzung des Wahlkampfes mit anderen Mitteln. Kein Wunder, daß das Ansehen dieses entarteten Parlamentarismus auf ein Minimum sank.

Im Reich sowohl wie in den Ländern führte das Verfall der Parlamente zu ihrer weitestgehenden Aufschaltung. Schon 1924 während der Stabilisierung der Mark und des Wiederaufbaues der Staatsfinanzen schaltete sich der Reichstag in dem Gefühl, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein, durch Ermächtigungsgesetze an die Regierung selbst aus. Das bedeutete nichts anderes als das Eingeständnis der Mehrheitsparteien, unpopuläre, aber staatsnotwendige Beschlüsse nicht fassen zu können. Unter der Analektische Bränungs verzichtete das Parlament, der Not gehorchend, vollends auf jeden tiefergehenden politischen Einfluß. Die Methode der Notverordnungen unter Bränung war nur möglich, weil eine um ihre eigene Existenz besorgte Parlamentsmehrheit zwar nicht den Mut fand, die Regierungsmassnahmen abzulehnen, sich aber auch nicht mit ihnen belasten wollte. In den Ländern ähnelte sich die Krise der Parlamente vor allem darin, daß die meisten Regierungen zwar durch negative Mehrheiten gestützt wurden, die Fraktionen jedoch nicht in der Lage waren, sich zu positiven Mehrheiten für eine Neubildung der Regierung zusammenzufinden. So erlangten die meisten geschäftsführenden Länderregierungen eine Machtvollkommenheit, die es ihnen gestattete, die Funktionen der arbeitsunfähigen gewordenen Parlamente weitestgehend zu übernehmen. Bis herunter zu den Gemeindefolgegängen, deren Beschlüsse zum größten Teil von der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden abhängen, hat sich in Deutschland als Ergebnis dreizehnjähriger schrankenloser Demokratie die parlamentarische Machterie selbst fast völlig totgelautet.

Auch die schroffen Gegner des übersphten Parlamentarismus sind sich darin einig, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist. Zwischen schrankenloser Parlamentarismus und völliger Aufschaltung der Volkswirtschaft muß ein gesunder Mittelweg gefunden werden, der es gestattet, den gewählten Repräsentanten des Volkswillens ihren natürlichen Aufgabenkreis innerhalb eines organischen Staatsaufbaues wieder zurückzugeben. Es hat sich wohl hinreichend erwiesen, daß allein mit Wahlen diese Aufgabe nicht zu lösen ist. Vielmehr herrscht gegenwärtig in allen Parteilagern bis weit in die Kreise der bürgerlichen Linken hinein die Auffassung, daß dazu sowohl Reformen des Wahlvorganges selbst wie des parlamentarischen Betriebes nötig sind. Entscheidend bleibt allerdings daneben die Frage, ob die Reichsregierung im Wege einer Verfassungsreform, durch Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, mehr, als es durch die bisherige Entwicklung bereits geschehen ist, von parlamentarischen Mehrheiten losgelöst werden soll. Dem Parlament würde dann im wesentlichen die gesetzgebende Tätigkeit und die Kontrolle der Regierungsmassnahmen, namentlich der Ausgaben- und Einnahmewirtschaft, obliegen. Wobei es sich noch fragt, ob das Parlament sich in die gesetzgebende Tätigkeit mit einer neu auszubildenden Ersten Kammer teilen soll.

Daneben bleiben aber die Probleme der Verfassungsreform selbst besonders vordringlich. Vor allem besteht die Frage: Wie kann das Parlament sein Ansehen durch geeignete Maßnahmen wieder heben und sich von der reinen

## Polens erster Angriff auf Danzigs Währung

### Einführung der Ploßzahlungen auf den Danziger Eisenbahnen

Danzig, 21. Nov. Von polnischer Seite wird nunmehr amtlich die Einführung der Wechselkassen in Danzig als 1. Dezember verkündet. Während in West die Vorbereitungen für die Einführung der polnischen Währung noch im Gange sind, führt Polen selbstbewußt teilweise die Vorbereitung zur Einführung der Ploßzahlungen auf den Danziger Eisenbahnen durch. Auf die Verhängung des hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig durch die Art der Ablehnung seiner Vermittlung ist also die Verhängung des Völkerbundes. Das wird sich nun entscheiden müssen, ob es sich die Schädigung seines Ansehens gefallen lassen will.

### Neue Einfuhrerleichterungen in Frankreich

Paris, 21. November. Das französische Landwirtschaftsministerium hat mit sofortiger Wirkung die Einfuhrzölle für ausländisches Holz erhöht. Gegenüber den Einfuhrzöllen, die Anfang d. J. erhoben wurden, sehen die neuen Zölle eine vier- bis fünfache Erhöhung vor. Gleichzeitig veröffentlicht die Regierung einen Gesetzentwurf, nach dem die Rasse-Einfuhr kontingentiert wird.

### Eintrittsbefuche deutscher Diplomaten

Berlin, 10. Nov. Der deutsche Botschafter in Rom v. Dassel ist heute vom König zur Uebergabe seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden. — In Paris hat heute der deutsche Botschafter Köster dem französischen Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht.